



Nr. 43/S. 441 Bonn, den 23. März 1971

# Bulletin

## Woche der Brüderlichkeit 1971

Rede des Bundeskanzlers  
auf der Eröffnungsveranstaltung in Köln

Bundeskanzler Willy Brandt hielt auf der Eröffnungsveranstaltung zur „Woche der Brüderlichkeit 1971“ im Großen Sendesaal des Westdeutschen Rundfunks in Köln am 21. März 1971 folgende Rede:

Verehrte Anwesende, meine Damen und Herren!

Die Vereinten Nationen haben proklamiert – wir hörten es eben – und die Bundesrepublik Deutschland hat es nicht überhört –, daß dieses Jahr 1971 dem „Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung“ gewidmet sein soll. An diesem 21. März erinnert man sich in vielen Ländern der Welt außerdem daran, daß vor genau elf Jahren in Sharpeville 68 Menschen sterben mußten, weil sie gegen die Apartheid demonstriert hatten.

Die diesjährige Woche der Brüderlichkeit hat also einen universellen Bezug. Darüber hinaus haben die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ihre Jahresarbeit wie diese Veranstaltung unter das erweiterte Thema „Menschenrassen – Menschenrechte“ gestellt. Wir sollen darauf hingewiesen werden und andere darauf hinweisen, daß es um uns herum immer noch und immer wieder Probleme gibt, die sich aus dem ableiten, was man „Rassen“ nennt oder dafür hält; daß es Menschenrechte zu wahren gilt, wo es um Glauben und Überzeugung geht, um Herkunft und Sprache, um Sitten und Lebensweise. Um dies zu begreifen, braucht man nicht in andere Erdteile zu schauen. Man braucht nicht einmal die Grenzen unseres Staates oder sogar der engeren Heimat zu überschreiten.

Die Sorgen, die uns in diesem Zusammenhang bewegen, können nicht durch Deklamationen des guten Willens und durch Festreden aus der Welt geschafft werden. Die Magie der Worte Humanität, Menschenrecht, Menschenwürde, Menschenliebe, auch Brüderlichkeit, droht im Gang eines politischen Lebens ihre Kraft zu verlieren.

Ich habe Heinrich Böll gut verstanden, als er im vergangenen Jahr so zornig über die Fragwürdigkeit von Gedenk- und Feierstunden und deren „humanitäres Tremolo“ sprach. Man mag an diesem gereizten Ein-

spruch Anstoß genommen haben. Ich denke, Böll hat uns gezwungen, genauer hinzuhören auf falsche Zwischen- und Nebentöne, auch bei den eigenen Worten.

Aber wir haben auch Anlaß, uns daran zu erinnern, daß vor nicht allzu langer Zeit die böse Formel von der „Humanitätsduselei“ im Umlauf war. Die Humanität ging dabei unter. Sie ging unter in der schrecklichen Alltäglichkeit des Sterbens, des Mordens und Gemordetwerdens, der Entwürdigung und der Rechtlosigkeit. Es waren damals nicht nur die Worte außer Kraft gesetzt, sondern auch das, was sie bedeuten. Das mahnt zur Vorsicht. Dies ist ein Argument gegen das Pathos, das nichts als sich selbst befriedigt, gegen den guten Willen, der sich in der Geste erschöpft – aber auch ein Argument gegen zynische Entwertung von Prinzipien, ohne die eine menschliche Menschheit nicht denkbar und nicht existenzfähig ist. – Ich begreife Heinrich Bölls Philippika also als eine Prüfung unserer Verantwortlichkeit.

Verantwortung gründet sich auf Gewissen. Die Schärfung der Gewissenhaftigkeit ist kein Planziel, das in einer Regierungserklärung abgesteckt werden könnte. Aber sie ist der Ausgangspunkt aller inneren Reformen, die für mich nicht nur ein gesellschaftliches und staatspolitisches, sondern auch ein geistiges Programm sind.

Da Sie heute den Bundeskanzler eingeladen haben, müssen Sie in Kauf nehmen, daß er sich – nach innen und nach außen – mit konkreten, auch aktuellen Fragen befaßt. Lassen Sie mich mit der Antwort beginnen, die die Bundesregierung dieser Tage auf eine Große Anfrage gegeben hat.

Dort heißt es:

„Unter inneren Reformen versteht die Bundesregierung schrittweise Veränderungen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, die sich an den für eine freie und fortschrittliche Gesellschaft im

## Inhalt

- 441 Woche der Brüderlichkeit 1971
- 447 Verantwortung der Gesellschaft für behinderte Mitbürger
- 447 Dank des Bundespräsidenten an das Technische Hilfswerk

sozialen und demokratischen Rechtsstaat bestimmenden Grundwerten orientieren.

Wir wollen

- mehr Humanität in unserer Gesellschaft
- gleiche Lebenschancen
- mehr soziale Gerechtigkeit
- mehr Freiheit für den einzelnen
- mehr Sicherheit im Innern und nach außen
- mehr Mitwirkung des Bürgers in unserem Gemeinwesen."

Wenn ich dies zitiere, will ich mir nicht selbst auf die Schulter klopfen, sondern ich will sagen: Wer heute über Menschenrechte spricht, der sollte zunächst einmal bei sich selbst, in seiner näheren Umgebung, in seinem eigenen Lande anfangen. Ich war und bin gegen die Neigung zum Eskapismus, auf die man gerade bei an sich intelligenten jüngeren Menschen immer wieder stößt. Das heißt: Ich bin gegen den Zeigefinger, der - nach einem wohlbegründeten Hinweis des früheren Bundesjustizministers und heutigen Bundespräsidenten - vergessen läßt, wieviel Finger dabei auf uns selbst gerichtet bleiben. Ich bin gegen die Selbstgerechtigkeit, um die es sich allzuoft und allzuleicht handelt, wenn fremde und ferne Länder kritisch unter die Lupe genommen werden. „Charity begins at home“ - auch mit den Menschenrechten fängt es zu Hause an.

Afrika ist weit, und mancher unserer Mitbürger mag meinen, rassische Diskriminierung sei für uns kein Problem mehr oder doch höchstens ein abstraktes.

Es ist wahr, es hat sich in den Millionenziffern der Opfer abstrahiert, in denen sich das Geschick des einzelnen verlor. Die damalige Minderheitenfrage - wenn es eine war - wurde „erledigt“, durch Austreibung und Mord. Aber das Problem blieb.

Ich unterschrieb als Außenminister der Regierung der Großen Koalition 1967 für die Bundesrepublik Deutschland eine Konvention der Vereinten Nationen, die jeden Staat zur Beseitigung aller Formen der Rassen-diskriminierung verpflichtet. Konnte ich leichten Herzens unterschreiben - in dem guten Gefühl, wir würden jener Forderung schon gerecht? So einfach war es nicht, und es ist inzwischen auch nicht einfacher geworden.

Als ich Anfang Dezember in Warschau stand, lag auf mir die Last der jüngsten deutschen Geschichte, die Last einer verbrecherischen Rassenpolitik. Ich habe dann getan, was Menschen tun, wenn die Worte versagen, und ich habe so - für meine Landsleute mit - der Millionen Ermordeter gedacht. Aber ich habe auch daran gedacht, daß Fanatismus und Unterdrückung der Menschenrechte - trotz Auschwitz - kein Ende gefunden haben. Wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen; und viele in Deutschland und anderswo haben verstanden, was ich ohne Worte sagen wollte. Einige hatten auch aus diesem Anlaß nur abfällige Kommentare zur Hand, aber ich frage: Wo, wenn nicht dort, wo das Warschauer Ghetto stand, wäre für einen deutschen Bundeskanzler der Platz, die Last der Verantwortung zu spüren und aus dieser Verantwortung heraus den Versuch zu machen, Schuld abzutragen!

Aber, verehrte Anwesende, bleiben wir zu Hause: Ich las bestürzende Berichte über Schwierigkeiten, der

farbige Studenten auf der Suche nach einem Zimmer begegnen, oder darüber, daß sie oft übervorteilt wurden. Ich las auch davon, daß farbige amerikanische Soldaten in unserem Land auf Vorurteile stoßen, die sich kaum von denen ihrer Heimat unterscheiden. Ich weiß, daß die Eingliederung eines Menschen aus fremder Erfahrungswelt in eine anders gefügte Gesellschaft nicht leicht ist. Sie verlangt ein hohes Maß der gegenseitigen Anpassung. Sie fordert Takt, Nachsicht und Toleranz. Ich weiß aber auch, daß Arroganz und ein deplaciertes Gefühl der Überlegenheit vor allem dort anzutreffen sind, wo man sich auf seinen Patriotismus besonders viel zugute hält.

Patriotisch wäre es, den jungen Menschen, die aus anderen Kontinenten zu uns geschickt werden - ob in Uniform oder in Zivil -, mit einer Aufgeschlossenheit entgegenzukommen, die uns Deutschen Ehre draußen in der Welt machte, die dem Respekt vor unserer Nation zugute käme. Sie wäre die wirksamste Werbung für unsere Sache. Toleranz - made in Germany: das wäre etwas, worauf wir stolz sein könnten.

Bleiben wir nicht nur bei der Hautfarbe. In diesem Land arbeiten über zwei Millionen Menschen anderer Sprache und anderer Nationalität. Auch sie sind eine Minderheit, keine ansässige und verwurzelte, sondern eine fluktuierende. Das macht die Frage nicht leichter: sie geraten um so eher in Gefahr, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Man betrachtet sie zunächst als eine Energiequelle, auf deren Leistung unsere Wirtschaft nicht zu verzichten vermag. Man soll die simple Wahrheit in simplen Worten sagen: Würde uns die Mitarbeit der ausländischen Arbeitnehmer von heute auf morgen entzogen, geriete unsere Ökonomie in große Schwierigkeiten. Sie verdienen, in jeder Hinsicht, unser tägliches Brot mit. Man sollte sich dieses nüchterne Faktum gelegentlich am Morgen auf dem Weg zum Betrieb durch den Kopf gehen lassen. Es ist wahr, sie brauchen hier bei uns Arbeit und Geld, weil sie zu Hause oft genug zur Not verurteilt sind. Sie sind auf uns angewiesen. Aber wir auch auf sie, sogar mehr: sonst wären sie nicht hier.

Man sollte sich nicht allzu eilig auf die Feststellung zurückziehen, die Gastarbeiter genossen im großen und ganzen gleiches Recht, gleichen Lohn und die gleiche soziale Sicherheit. Bewußte Diskriminierung ist in der Tat keineswegs die Regel. Aber hört man nicht immer wieder von deprimierenden Beispielen einer unbewußten, ja ungewollten Diskriminierung, von Beispielen der Entwürdigung, der Verachtung, des Mangels an Duldsamkeit, an Respekt vor dem anderen, des Mangels an schlichter Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft? Schlimmer: Gibt es nicht auch immer wieder Beispiele rücksichtsloser Ausnutzung, skandalöse Fälle von Mietwucher, von Wohnverhältnissen, deren wir uns zu schämen haben?

Ich sage jedem, den es angeht: Wir dürfen es nicht zulassen, daß sich diese Gesellschaft eine Art Leihproletariat für die minderen Arbeiten schafft. Wir dürfen nicht dulden, daß die Sprachdifferenz zur Klassendifferenz wird. Unsere freiheitliche Grundordnung darf nicht auf einem Auge blind werden, wenn der schwächere Sozialpartner italienisch, serbokroatisch, spanisch, griechisch oder türkisch spricht. Hier handelt es sich um konkrete Aufgaben der Volks-erziehung und der Erwachsenenbildung. Dabei ist

nichts so erzieherisch wie das gute Beispiel. Ich habe mich herzlich gefreut, als ich von dem Gastmahl gehört habe, das hier in dieser Stadt gestern abend einer stattlichen Zahl ausländischer Arbeitnehmer bereitet wurde.

Viele bedürfen unserer Hilfe: Kranke und Behinderte, Obdachlose. Die Frage der Minoritäten ist eine Schlüsselfrage unserer Zivilisation. Man hat die Fähigkeit, Minderheiten in ihrer Mitte unter dem Recht der Ebenbürtigkeit, der Gleichheit und der guten Nachbarschaft zu ertragen, die permanente Reifeprüfung der Völker genannt. Dieses Maturum wurde noch nirgends mit Auszeichnung bestanden. Wir sollten uns jedoch bemühen, es vielleicht einmal mit der Note „befriedigend“ zu bestehen.

Es gibt manchen Anlaß, nach unserer Verfassungswirklichkeit zu fragen, nach der Praktizierung der Grundrechte in unserem deutschen Alltag, ehe wir uns draußen in der Welt allzu kritisch umschauchen. Die Konvention der Vereinten Nationen, über die es hier nachzudenken gilt, verlangt von uns zunächst Auskunft darüber, wie es in unseren eigenen vier Wänden damit bestellt ist, ehe wir vor der Tür des Nachbarn zu fegen beginnen. Wir verfügen über keine patentierte Moral, die uns das Urteil über die Probleme anderer Völker und anderer Kontinente leichtmacht. Wir wissen, wie unsagbar der freiheitliche Bürgergeist Amerikas unter rassistischen Spannungen leidet, die sich durch Elemente eines neuen Klassenkampfes verschärfen. Wir beobachten die Tragödie im Süden Afrikas, wo der Weg zu einer balancierten und freien Koexistenz zwischen weißer Minorität und schwarzer Majorität blockiert zu sein scheint. Wir sehen auch die bedrückende Tatsache, daß in Teilen Afrikas und Asiens farbige Minderheiten durch farbige Mehrheiten Schaden leiden.

Aber ich darf nun – auf uns in der Bundesrepublik Deutschland bezogen – auch hinzufügen, daß wir uns nicht in Masochismus zu ergehen brauchen. So wie man bei dem berechtigten Ruf nach Reformen nicht vergessen darf, was in den hinter uns liegenden Jahren an Aufbauarbeit geleistet wurde, so darf man bei dem Ruf nach den Menschenrechten nicht übersehen, daß diese Bundesrepublik heute zweifellos zu den Ländern der Welt gehört, in denen die Freiheitsrechte der Menschen am weitesten entwickelt sind. Niemand darf bei uns wegen seines Geschlechtes, seiner Sprache, seiner Abstammung, seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung benachteiligt werden. Jeder hat das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Grundordnung oder das Sittengesetz verstößt. So will es unser Grundgesetz.

Und das ist ja nicht nur geduldiges Papier. Die Menschenrechte sind bei uns nicht nur in der Verfassung verbürgt. Sie bilden ein wesentliches Element unserer im Laufe von wenig mehr als zwei Jahrzehnten gewordenen Verfassungswirklichkeit. Wir können auf das Erreichte stolz sein, aber wir wollen dennoch erkennen, daß der demokratische und soziale Bundesstaat, von dem unser Grundgesetz spricht, eine permanente Aufgabe bleibt. Anders gesagt: Wir müssen zunehmend Ernst machen mit dem Grundgesetz, das sich diese Republik gegeben hat, Ernst machen mit den Grundrechten, die darin definiert sind.

Wer bei uns zulande von Menschenrechten spricht, der darf nicht unerwähnt lassen, welche Bedrohung für sie – für die Menschenrechte – von jeder Form von politischem Extremismus ausgeht. Unser Volk und andere Völker haben diese Erfahrung bitter spüren müssen. Wir haben eine besondere Pflicht zur Wachsamkeit.

Durch die weithin klare Absage, die der Wähler dem politischen Radikalismus erteilt hat, ist die Beständigkeit unserer demokratischen Grundordnung bestätigt worden. Trotzdem müssen wir den politischen Extremismus, wo immer er in Erscheinung treten mag, mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Das gilt besonders im Hinblick auf solche, die meinen, ihre Ziele mit Gewalt und Terror durchsetzen zu müssen. Es gilt, auch denen gegenüber wachsam zu sein, die glauben, mit den Mitteln der Unterwanderung zum Ziel kommen zu können. Alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, die in unserem Staat Verantwortung tragen, sind verpflichtet, solche Versuche energisch abzuwehren. Feinde der Demokratie dürfen bei uns auch dann nicht mit Nachsicht rechnen, wenn sie sich den makabren Deckmantel des „Widerstands“ umhängen oder wenn sie anarchistische Heilslehren vorschleichen.

Dabei werden wir genau darauf zu achten haben, die Unrast und radikale Kritik, die einen Teil unserer Bevölkerung und vor allem der Jugend ergriffen hat, nicht mit politischem Extremismus gleichzusetzen. Hier geht es doch häufig um unübersehbare Fehl- und Unterentwicklungen unserer Gesellschaft; z. B. darum, daß sich in unserem Rechtsstaat mehr Unrecht behauptet, als wir es zu verantworten vermögen; daß in unserem sozialorientierten Bundesstaat mehr unsoziale Zustände überleben, als es unser Gewissen zulassen darf; und daß es bei uns weniger Mitverantwortung des einzelnen gibt, als es eine Gesellschaft mündiger Bürger beanspruchen kann.

Wir dürfen die Warnzeichen einer schöpferischen Unzufriedenheit nicht überhören, wenn wir verhindern wollen, daß sie in Extremismus umschlägt. Die Nichterfüllung berechtigter Forderungen großer Teile unserer Bevölkerung nach mehr Humanisierung unserer Demokratie, nach größerer sozialer Gerechtigkeit, nach mehr Chancengleichheit und stärkerer Mitverantwortung kann größere Gefahren in sich bergen, als die Existenz eines Bodensatzes von Extremisten, den es in jeder Gesellschaft immer wieder geben wird.

Die meisten von uns sind sich vermutlich darin einig, daß wir der Gefahr einer aus diesen Antrieben möglicherweise drohenden Radikalisierung am wirksamsten begegnen können, indem wir sie an der Wurzel bekämpfen, konkret gesprochen: indem wir ihren Ursachen durch Reformen rechtzeitig die Grundlagen entziehen. Um es überspitzt zu formulieren: Reformen sind unumgänglich, damit die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft nicht auf undemokratischem Wege vor sich gehen. Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, unsere soziale Sicherheit und unsere politische Stabilität hängen davon ab, die Lücke zwischen Notwendigkeit und Wirklichkeit von Reformen rechtzeitig zu schließen.

Eine Demokratie muß sich immer wieder der Herausforderung stellen, ihre Inhalte, ihre Institutionen, auch ihre tragenden und unveräußerlichen Prinzipien mit

neuem Geist und neuem Leben zu erfüllen. Es besteht kein Zweifel, daß wir nicht erst heute in unserer Bundesrepublik einen Punkt erreicht haben, an dem im Interesse des einzelnen wie der Gesamtheit dem Erfordernis der Anpassung, der Veränderung und Fortentwicklung entsprochen werden muß.

Wenn ich als Bundeskanzler zum Thema Menschenrechte und Brüderlichkeit spreche, dann habe ich zunächst daran zu denken, was der Staat tun kann. Toleranz kann sich aber erst dann wirksam, auch als gesellschaftliche Kraft, entfalten, wenn sie von möglichst vielen geübt wird. Sie kann nicht von oben befohlen werden. Gleichwohl sollten die politisch Agierenden durch ihr Verhalten mit möglichst gutem Beispiel vorangehen. Sie sollten den politischen Kampf bei aller notwendigen Härte fair und möglichst sachlich führen. Sie sollten es unterlassen, den politischen Gegner zu verunglimpfen oder gar zu verleumdern.

Die Koexistenz von Minorität und Majorität braucht die permanente Überprüfung und Korrektur. Wenn hier eine Regel gilt, dann diese: praktizierte Humanität taugt mehr als die Proklamation von Forderungen. Was ich damit meine, läßt sich konkret beschreiben: Man hat die Bundesregierung mit Kritik bedacht, weil im Warschauer Vertrag das Schicksal der Deutschen in Polen nicht fixiert wurde. Nun, die Volksrepublik Polen glaubt nach den Erfahrungen der zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen behaupten zu müssen, daß es eine deutsche Minorität in ihren Grenzen nicht gebe. Wir hatten — wie übrigens alle Bundesregierungen bisher — nicht die geringste Chance, sie zum Verrücken dieser Position zu bewegen.

Dennoch hat die polnische Regierung im Zusammenhang mit dem Vertrag anerkannt, daß Bürger deutscher Volkszugehörigkeit in ihrer Volksrepublik leben. Sie hat sich bereit erklärt, ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik zu gewähren, wenn sie es wünschen. Sie hat dieses Wort gehalten. Monat für Monat steigen jetzt in Friedland zahlreiche Umsiedler aus den Zügen. Sie werden von ihren Angehörigen mit offenen Armen aufgenommen. Dennoch haben sie es gewiß nicht leicht, sich in unser Leben, das sich von ihrem gewohnten so gründlich unterscheidet, reibungslos einzufügen. Auch ihnen gegenüber können wir beweisen, was der Wille zur Nichtdiskriminierung auszurichten vermag.

Im kleinen mag sich hier wiederholen, was wohl eine der bedeutendsten Leistungen ist, die unser Volk in diesem Jahrhundert nachzuweisen hat: die Eingliederung und Integrierung von zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen — ein Prozeß, der sich durchaus nicht ohne Reibungen und ohne Widerstand, ohne diskriminierenden Aufenthalt und ohne Ressentiments vollzog. Er ist, alles in allem, geglückt. Das Gelingen dieser gewaltigen Umschichtung beweist, was eine sorgsame und übrigens mit Opfern verbundene Politik der inneren Entspannung auszurichten vermag.

Dieser gute Geist unseres Volkes — und ich scheue nicht, ihn so zu nennen —, der sich in den uns gesetzten Grenzen bewährte, der sich in der Aussöhnung mit unseren westlichen Nachbarn, Frankreich und den anderen, nach außen übertrug — er soll nun nach dem Willen der Bundesregierung in unseren Beziehungen

zu den Nachbarn im Osten sichtbarer und wirksamer werden. Deshalb sage ich aus meiner Sicht: Unsere illusionslose, aber konkrete Politik der Entspannung ist die wahrhaftige Realpolitik dieser Zeit.

Damit komme ich zu einigen Bemerkungen außenpolitischen Inhalts. Lassen Sie mich dazu zunächst wiederholen, daß wir uns nicht zu Richtern über andere aufschwingen. Mit pauschalen Beurteilungen und globalen Verurteilungen helfen wir weder anderen noch uns selbst. Obwohl uns ein Vierteljahrhundert vom Nazismus trennt, sollten wir eher verhalten als aufdringlich argumentieren. Auch gilt es zu differenzieren, statt zu verallgemeinern. Schließlich haben wir es auch nicht geschätzt, daß seinerzeit alles, was deutsch war, über einen Kamm geschoren werden sollte.

Das heißt nicht, daß Unrecht, das außerhalb unserer Grenzen geschieht, uns unbeteiligt lassen dürfte. Aber durch Pathos ist noch keinem Verfolgten, keiner bedrückten Minderheit, geschweige denn einer unterdrückten Mehrheit geholfen worden. Hier geht es um Augenmaß, auch bei Protesten. Und es geht um die Frage, ob man in erster Linie anderen helfen oder ob man sich lieber durch Deklamationen selbst helfen will.

Mir ist konkrete Hilfe für Mitmenschen auch dann etwas wert, wenn ich nicht darüber rede. Die Bundesregierung hat in mehr als einem Fall in der letzten Zeit gut daran getan, den unmittelbaren Adressaten ein deutliches Wort zu sagen, ohne dies an die große Glocke zu hängen. Das ist Pragmatismus — ich gebe es zu —, aber es ist ein Pragmatismus, der sich an festen Grundwerten orientiert.

Bismarck hat einmal gesagt, es sei ein Kardinalfehler der Deutschen, daß sie nicht nur eine Politik des Alles oder Nichts bevorzugten, sondern sich darüber hinaus auch noch auf eine bestimmte Methode versteiften. Der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten kommt ja nicht allzu oft in die Lage, den „eisernen Kanzler“ zu zitieren, aber ich meine, Bismarck hat — scharfsichtig, wie er zumal als Außenpolitiker war — auf ein Fehlverhalten hingewiesen, dessen schwerwiegendste Folgen erst nach seiner Zeit sichtbar wurden, aber das, bei aller Unvergleichbarkeit mit dem, was bis 1945 geschehen ist, auch noch in unsere Zeit hineingewirkt hat.

Das Wort von der Außenpolitik als der Kunst des Möglichen bleibt für uns aktuell — ohne daß deshalb jemand glauben darf, wir würden darüber Freiheit und Gerechtigkeit verleugnen. Oder wir würden keine deutliche Trennungslinie mehr ziehen zwischen Freiheit und Unfreiheit.

Natürlich haben wir nie übersehen, daß sich in Ost und West in ihren Grundwerten unvereinbare politische Ordnungen gegenüberstehen. Ich habe allerdings keinen Nachholbedarf an Entrüstung, wenn ich das einmal so offen sagen darf. Mit der Anklage von Unrecht ist es nicht getan, sondern allein damit, daß künftig — hoffentlich! — weniger Unrecht herrschen wird.

So hat auch eine Politik, die auf den Abbau von Spannungen aus ist, ihre eigene Dynamik. Sie ist kein Ausweis der Ohnmacht. Im Gegenteil: sie setzt ein klares Selbstbewußtsein und einen unmißverständ-

lichen Selbstbehauptungswillen voraus. Sie gewinnt durch das Erkennen der Realitäten erst die Handlungs- und Bewegungsfreiheit und damit die Kraft, die es braucht, um unseren unsicheren Frieden sicherer zu machen, Konfliktstoffe beiseite zu räumen und so endlich eines Tages auch die Minenfelder, den Stacheldraht, die Mauer. Das und nichts anderes versuchen wir in einer klaren Übereinstimmung mit unseren Verbündeten – einer Übereinstimmung, die der täglichen Bestätigung nicht bedarf.

Es gibt Gegenkräfte – wer wollte das verkennen? Aber wir setzen auf die Macht der Vernunft. Wir brauchen nicht den Kalten Krieg, um unsere Ordnung zu bewahren. Wir müssen uns nicht in die Brust werfen, um nachzuweisen, daß Unrecht Unrecht ist. Ich messe hier nicht mit zweierlei Maß. Schon darum nicht, weil ich nur insoweit eines habe: das der Freiheit, das des Rechtes. Und dies allerdings dazu, was manche von sich selbst überwältigte Rhetoriker allzu leicht vergessen: das Maß des Möglichen und des Vernünftigen. Ich habe während meiner langen Jahre in Berlin und im Jahrzwölf vor 1945 Maß genommen – und ich habe Gelegenheit gegeben, auch an mir Maß zu nehmen. Im Bereich meiner Politik besteht keine Notwendigkeit, das Amt des öffentlichen Anklägers auszuschreiben.

Es geht in den Jahren, die vor uns liegen, um die Humanisierung der Lebenswirklichkeit der Deutschen und der Europäer in Ost und West. Tyrannel verschwindet nicht damit, daß man sie beschreit, sondern damit, daß man sie überflüssig macht oder wenigstens ihre Willkür begrenzt. Unrecht schafft man nicht durch Beschwörungen aus der Welt, sondern damit, daß man mehr Recht schafft, die Unfreiheit nicht damit, daß man sie nur beim Namen nennt, sondern Freiheiten – kleineren oder größeren – eine Chance öffnet.

Wir maßen uns nicht an, für die Regelung aller offenen Fragen den Stein der Weisen zu haben. Aber wir haben uns nach einer Zeit der sterilen Wortgefechte für eine Politik des praktischen Handelns entschieden. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß ein Abbau der Spannungen in Europa, der auch den Freiheitsspielraum der Menschen erweitert, wenn auch langsam, nur möglich ist, wenn man die Beziehungen versachlicht und ein Klima schafft, das die Zusammenarbeit und den Ausgleich der Interessen möglich macht.

Wir legen an Verstöße gegen die Menschenrechte in verschiedenen Teilen der Welt keine prinzipiell unterschiedlichen Maßstäbe an. Auf der anderen Seite ist es natürlich nicht ohne Belang, ob ein Partner sich – zumal innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft – freiwillig zur Beachtung demokratischer Grundsätze verpflichtet hat. Dies war bekanntlich der Hintergrund, vor dem – gemessen an der Europäischen Konvention über die Menschenrechte – über die Zugehörigkeit Griechenlands zum Europarat entschieden wurde.

Was den Süden Afrikas angeht, so bekennt sich die Bundesregierung zu den Grundsätzen der Vereinten Nationen.

Wir lehnen jede Form der Rassendiskriminierung ab. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich dem 1963 gefaßten Beschluß des VN-Sicherheitsrates gegen die Apartheidpolitik angeschlossen. Dies gilt auch für den Beschluß des Sicherheitsrats aus dem Jahre 1966 in

bezug auf Rhodesien. Lassen Sie mich, da immer wieder anders behauptet wird, hinzufügen: Wir liefern keine Waffen nach Südafrika. Lieferungen an Portugal sind an die Voraussetzungen gebunden, daß die Waffen nicht in Afrika verwendet werden.

Lassen Sie mich ebenso deutlich unterstreichen, was ich als Außenminister gesagt habe: Politik und Handel sollen nicht ohne Not miteinander vermengt werden. Hierüber habe ich im Herbst vorigen Jahres mit der afrikanischen Delegation unter der Leitung von Präsident Kaunda ebenso offen gesprochen wie bei meinen Unterhaltungen in Kenia zu Beginn dieses Jahres.

Wir unterstützen humanitäre Aktionen der Vereinten Nationen zugunsten der Menschen im südlichen Afrika, z. B. durch unseren Beitrag zum Erziehungs- und Ausbildungsfonds der Vereinten Nationen für Flüchtlinge aus jener Region. Ohne Einmischung in die Angelegenheiten anderer bleibe ich dabei, daß eine Politik der Annäherung der Rassen und der Beseitigung der Rassenschranken am besten geeignet ist, zu einer wirklichen Lösung der Probleme dieser Region zu führen. Wir werden diese Ziele stets unterstützen und allen denjenigen zur Seite stehen, die sich für eine friedliche, evolutionäre Entwicklung einsetzen.

Lassen Sie mich jetzt darauf zu sprechen kommen, daß uns gelegentlich entgegengehalten wird, diese Bundesregierung betone – im Unterschied zu früheren – nicht mehr so sehr die besonderen, sondern eher die normalen Beziehungen zu Israel. Und einige fügen dann hinzu, dies habe wohl etwas mit dem zu tun, was man unsere Ostpolitik nennt.

Nun, ich habe in Verbindung mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vom 12. August vergangenen Jahres für jedermann deutlich betont, daß eine Verbesserung unserer Beziehungen mit der Sowjetunion nicht zu Lasten eines dritten Staates gehen darf. Das gilt in vollem Umfang auch für Israel. Die israelische Regierung sieht es nicht anders. Sie hat die Annahme zurückgewiesen, wonach die Ostpolitik der Bundesregierung sich auf ihre Beziehungen zu Israel ungünstig auswirke. Sie hat übrigens auch nie kritisiert, daß wir im Rahmen des Möglichen um möglichst gute Beziehungen zu den arabischen Staaten bemüht bleiben.

Andererseits übersehen auch die objektiv denkenden Führer der arabischen Völker nicht, welche spezifischen Faktoren es sind, die unser Verhältnis zu Israel bestimmen. Es trägt in der Tat weiterhin das Zeichen einer Besonderheit: der Unauslöschlichkeit des millionenfachen Mordes an den Juden Europas – für uns und die Nachgeborenen um so entsetzlicher, weil unter dem Geist der Aufklärung die Symbiose jüdischer und deutscher Kultur eine so erstaunliche Produktivität bewiesen hatte. Wir haben trotzdem den Nachweis geduldet – und dulden müssen –, daß die Hölle auf Erden möglich ist. Sie war Wirklichkeit.

Der Name Auschwitz wird für Generationen ein Trauma bleiben. Illusionen sind nicht erlaubt: die Verletzungen, die in dem dunklen Jahrzwölf der Seele des Volkes, der Opfer und der Seele des Volkes der Täter zugefügt wurden, werden so rasch nicht ausheilen. Denn es wurde das Bild des Menschen verletzt, des Menschen, den wir als Ebenbild Gottes begreifen. Diese Erfahrung – sie ist die eigentliche Katastrophe der

Menschheit, mehr als alle Kriege und ihre Schrecken – lastet auf dem Judentum, nicht nur in Israel; und sie lastet auf uns Deutschen. Hier hilft kein Hinweis auf eine Jugend, der die Freiheit der Unbefangenheit gegeben sei. Niemand ist aus der Haftung der Geschichte entlassen. Israel ist – daran ändern auch die Schlagworte radikaler Gruppen nichts – der grandiose Versuch, einem Volk von weithin Heimatlosen eine gesicherte Heimat zu schaffen. Es ist bitter, daß die Geburt dieses Staates den Preis neuer Opfer und neuer Leiden verlangte. Wer wollte das verschweigen? Wer wollte das Elend der palästinensischen Araber verschweigen?

Aber die Rolle des arroganten Weltmoralisten steht uns auch und gerade hier nicht zu. Wir haben vielmehr die Kette der Kausalität von Leid und Unrecht an ihrem Ursprung zu erkennen: hier im Herzen Europas. Die Bundesrepublik, der glücklichere der beiden deutschen Staaten, die aus den Trümmern des Jahres 1945 hervorgewachsen, nahm sich in die Pflicht für die Überlebenden.

Das seinerzeitige Wiedergutmachungs-Abkommen mit Israel ist eine der Leistungen Konrad Adenauers und der damaligen sozialdemokratischen Opposition, die wir als Grundsteine unseres staatlichen Selbstverständnisses betrachten. Die DDR wird es auf die Dauer nicht mit Genugtuung registrieren können, daß sie sich der deutschen Gesamtverantwortung gegenüber den jüdischen Opfern des Nazismus in aller Welt entzog. Sie wird vermutlich noch lernen, was sie damit versäumte.

Wir meinen, dem Auftrag unseres Volkes und seiner besonderen Verantwortung gerecht zu werden, wenn wir mit der gebotenen Bescheidenheit das Unsere tun, den Willen zum friedlichen Ausgleich im Spannungsfeld des Nahen Ostens zu ermutigen. Darüber jetzt wesentlich mehr zu sagen, wäre Überheblichkeit. Wir sind freilich überzeugt, daß unsere entschlossene Friedenspolitik in Europa ein Faktor weltweiter Entspannung werden kann. Nicht nur Spannungen – auch Entspannungen können sich übertragen. Nicht nur der Unfrieden, auch der Friedenswille kann ansteckend sein.

Heute ist Israel – trotz der geographischen Entfernung – in unsere enge Nachbarschaft gerückt. Der wirtschaftliche und technologische Austausch wurde intensiver, und er ist balancierter geworden. Die kulturellen Beziehungen haben sich verdichtet hier wie dort. Man hat den Mut gewonnen, gemeinsames Erbe wiederzuentdecken, es vorbehaltlos anzunehmen und das Neue mit Sympathie oder doch mit Aufmerksamkeit zu prüfen. Der moderne Tourismus, so fragwürdig er mitunter sein mag, wenn der Wille zum Verständnis des Fremden vom Import und Export von Vorurteilen verdrängt wird – hat für Deutschland und Israel eine heilsame Funktion. Denn es sind vor allem junge Menschen, die sich auf diese Weise kennenlernen. Dabei ist wichtig, daß wir in Israel nicht nur den neuen Wirklichkeiten, sondern auch den alten Wahrheiten begegnen: im Land des Ursprungs der großen Glaubensmächte.

Die Kirchen haben nun endlich das Judentum mit jenem Realismus und jener Offenheit, ja mit jener Brüderlichkeit in ihr Glaubensgespräch einbezogen, die

uns die Tragödien dieses Jahrhunderts hätten ersparen können, wäre man früher dazu bereit gewesen. Es mag sein, daß die Christenheit nun im Schicksal des Judentums deutlicher ihr eigenes zu erkennen beginnt, denn auch sie begreift sich heute als Minderheit in der Weltbevölkerung.

Ich gebe zu, daß man mit dem Begriff „Normalisierung“ behutsam umgehen muß. Die Achtung vor dem anderen mahnt uns zu Geduld und ruhiger Bescheidung. Im übrigen ist die aufrichtige Feststellung der gegenseitigen Interessen auch in einem so schwierigen Zusammenhang immer noch die solideste Basis für ihren Ausgleich und ihre Harmonisierung.

Was unsere Haltung zum Nahost-Konflikt angeht, so stehe ich zu dem, was ich am 8. Juli vorigen Jahres in einem Interview mit einer jugoslawischen Nachrichtenagentur gesagt habe. Ich darf zitieren:

„Wir sind der Meinung, daß – zumal nach allem, was mit der jüngsten Geschichte meines eigenen Landes zu tun hat – wir uns gegenüber der Krise nicht gleichgültig stellen und daß wir auch das Lebensrecht Israels nicht in Frage stellen lassen können. Aber wir bemühen uns, den legitimen Interessen aller gerecht zu werden und auch unser Verhältnis zu den arabischen Staaten zu verbessern.“

Soweit das Zitat.

Wir unterstützen nach wie vor die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967. Und wir hoffen, daß auf dem Verhandlungswege eine gerechte und dauerhafte Regelung zur Beilegung des Konflikts gefunden werden kann.

Ich sehe zu meiner Befriedigung, daß heute auch maßgebliche Repräsentanten der arabischen Welt das Lebensrecht Israels nicht mehr in Frage stellen und anerkennen, daß es auch dort darauf ankommt, in gesicherten Grenzen leben zu können. Alle Beteiligten werden ihren Beitrag zu leisten haben. Und eine großzügige Regelung des Flüchtlingsproblems wird dabei nicht die geringste Rolle zu spielen haben. Sie bedarf internationaler Förderung, und die Bundesrepublik Deutschland – die schon bisher Flüchtlingshilfe geleistet hat – wird dabei nicht hinter anderen zurückstehen.

Meine Damen und Herren, in meiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 habe ich davon gesprochen, wir Deutsche müßten danach trachten, ein Volk der guten Nachbarn zu werden, im Inneren und nach außen. Ich habe hier durch einige Hinweise versucht, deutlich zu machen, was ich unter guter Nachbarschaft verstehe. Sie ist die tägliche Probe der Toleranz gegenüber dem anderen, dem anderen des eigenen Volkes, dem Gastarbeiter, dem farbigen Studenten, aber auch gegenüber dem Nachbarn außerhalb unserer Grenzen in West und Ost, Nord und Süd.

Toleranz und Solidarität mit den Mitmenschen braucht auch die ständige Ermutigung durch Vorbilder und gute Beispiele. Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit haben mit ihrer Tätigkeit ein sichtbares Zeichen gesetzt. Wir sind ihnen für ihre geduldige und beharrliche Arbeit im Dienst der Brüderlichkeit zu Dank verpflichtet. Ich hoffe, daß das, was sie getan haben und tun, reiche Früchte tragen wird.